

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

Hans Jürgen Fahn



Vor 15 Jahren wollte die internationale Staatengemeinschaft mit Hilfe der Millenniums-Ziele gemeinsam ambitioniert die großen globalen Herausforderungen der heutigen Zeit angehen. Heute müssen wir feststellen, dass zwar Fortschritte gemacht wurden, aber der Umfang globaler Probleme drastisch zunahm. Damals im Jahr 2000 waren der 11. September und das darauffolgende Eingreifen in Afghanistan nicht absehbar. Es gab keine Anhaltspunkte für den Irakkrieg 2003. Und sieben Jahre später sollte der Arabische Frühling schließlich zu unvorhersehbaren neuen geopolitischen Herausforderungen führen: Der Bürgerkrieg in Syrien und das Vordringen des Islamischen Staats. Mit Blick auf die weiteren „Hotspots“ humanitärer Krisengebiete wie die afrikanischen Länder Somalia, Sudan, Eritrea, Nigeria oder die vom Ebolafieber betroffenen weiteren westafrikanischen Länder müssen wir feststellen, dass die Welt trotz aller Bemühungen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten deutlich unruhiger geworden ist.

Angesichts von heute weltweit 60 Millionen Flüchtlingen sind wir zwingend dazu aufgefordert, nicht nur Symptome zu behandeln, sondern endlich

die Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen. Für die Bewältigung dieser Herausforderung wird der Entwicklungszusammenarbeit noch viel mehr als bisher eine Schlüsselrolle zukommen müssen, wenn wir unserer humanitären Verantwortung nachkommen und unsere christliche Werteorientierung ernst nehmen wollen.

Fluchtursachen sind zugegeben vielfältig und keineswegs nur auf kriegerische Konflikte beschränkt. Es geht uns deshalb allgemein um die Gewährleistung nachhaltiger Entwicklung, verstärkten Klimaschutz und den Erhalt der Lebensgrundlagen in allen Regionen dieser Welt. Denn Versäumnisse von heute können Ursachen für Konflikte und Flucht von morgen sein.

Die Menschen, die ohne Perspektive in ihrer Heimat sind, hoffen bei uns auf ein Überleben, ein besseres Leben und bessere Chancen für die persönliche Selbstverwirklichung. Es gab vor über 1500 Jahren schon einmal eine Zeit des Umbruchs, in der die Menschen der damals bekannten Welt auf der Suche nach neuen Lebensperspektiven waren. Diese unruhige Zeit der Völkerwanderung führte letztlich zum Untergang Roms, eines ganzen Weltreichs. Im Unterschied zu damals haben wir heute aber gemeinsam die Möglichkeiten und vor allem aber auch die Kapazitäten, die Herausforderung gut und mit humanitärem Anspruch zu lösen. Die Bedeutung der Eine Welt-Politik ist heute so groß wie nie zuvor: Unsere Aufgabe als Politiker ist es, ein breites Bewusstsein für die Zusammenhänge globaler Probleme und Herausforderungen zu schaffen und den Menschen bei diesen Fragen Orientierung zu geben. Wir müssen sie dafür gewinnen, ihr Handeln und Denken an der Verantwortung für die Eine Welt auszurichten. Für uns als FREIE WÄHLER sind deshalb möglichst umfassende Informations- und Bildungsangebote sowie Aktionen und Kampagnen wichtig, um immer wieder Fragen nach der Zukunftsfähigkeit unserer Lebensweise in den politischen Diskurs einzuspeisen. Zahlreiche Missstände als Folge der Globalisierung gilt es politisch zu thematisieren.

Die Kapazitäten des Freistaats Bayerns sind als eines von 16 Bundesländern dabei gewiss beschränkt. Ich bin aber überzeugt, dass der Rahmen unserer Möglichkeiten bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Immerhin sind die Grundvoraussetzungen für effektives Handeln des Landtags erfüllt: Es besteht parteiübergreifend Einigkeit, dieses Themenfeld gemeinsam und möglichst mit einstimmigen Beschlüssen zu gestalten. Was wäre die Eine Welt-Politik, wenn es schon im Bayerischen Landtag den Fraktionen nicht gelänge, gemeinsam an einem Strang zu ziehen? Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die Mehrheitsfraktion nach einer leicht holprigen Anfangsphase

der 17. Legislaturperiode doch weiterhin die Bereitschaft zeigt, mit den Oppositionsfraktionen zumindest in diesem Bereich konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind zwar im Zieljahr 2015 nicht vollständig umgesetzt, Erfolge für die Bereiche extreme Armut, Bildung sowie sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen konnten dennoch verzeichnet werden. Für uns als Freie Wähler Landtagsfraktion ist es daher ein gutes Signal, dass im September insgesamt 17 neue nachhaltige Entwicklungsziele für die Zeit bis 2030 mit klaren Zielvorgaben verabschiedet werden sollen und der „Post-2015-Prozess“ eine wichtige Stufe voranschreiten wird.

Auch dies wird der engagierten Eine Welt-Arbeit vor Ort neuen Rückenwind geben und vor allem den Druck auf Regierungen und Parlamente sanft erhöhen, mehr Engagement in diesem Bereich zu zeigen. Das plakative 0,7-Prozent-Ziel, auf das sich die Industrieländer wie Deutschland im Jahr 2000 eigentlich einmal verständigten, zeigt auch die Notwendigkeit: 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollte bis 2015 in Entwicklungshilfe fließen. Doch schon bei 0,4 Prozent gerät die Bundesrepublik auf der Zielinie ins Stocken. Das bayerische Engagement ist gemessen an den aktuellen Zahlen sogar im Höchstmaß rückläufig. Dies ist angesichts der Herausforderungen der letzten Jahre nicht nachvollziehbar und mehr als nur kritikwürdig: Wies die CSU-geführte Staatsregierung noch 2012 knapp 6,9 Millionen Euro Haushaltsmittel für entwicklungspolitische Maßnahmen im In- und Ausland aus, waren es im Jahr 2013 nur noch ca. 3,5 Millionen Euro – fast eine Halbierung.

Wir Freien Wähler fordern aber nicht nur bei der Gesamtsumme der Haushaltsmittel deutliche Korrekturen, sondern insbesondere bei den Inhalten der Projekte und Aktivitäten. Neue Schwerpunktsetzungen in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit sind angesichts von teilweise überhaupt nicht nachvollziehbaren Maßnahmen dringend geboten:

Aktivitäten im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit mit der VR China im Bereich „Ausbildung von Polizeidiensthunden“, ein Seminar zur „Bekämpfung der Internetkriminalität“ in der Ukraine oder „Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität“ in Montenegro wurden im Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung ausdrücklich hervorgehoben. Sie stehen aber mehr als quer zu den globalen Problemen, die bis heute zu weltweit 60 Millionen Flüchtlingen führten.

Schier unbegreiflich erscheint uns auch eine Schwerpunktsetzung auf solche mehr als nachrangigen Themen angesichts der laut dem UN-World Food Programme immer noch knapp 800 Millionen Menschen, die noch nicht einmal genug zum Essen haben.

Für uns als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag hat es höchste Priorität, die Ungerechtigkeiten als Nachwirkungen des Kolonialismus und als Folgen der Globalisierung zu bekämpfen. Uns muss es auch gelingen, den Menschen eine Entwurzelung aus ihrer Heimat zu ersparen und ihnen echte Lebensperspektiven vor Ort in ihren Kulturkreisen ohne Abhängigkeiten und in voller Selbstbestimmtheit zu bieten.

Wir haben hier noch einen langen, steinigen Weg vor uns: Der Bereich der Eine Welt-Politik erweist sich geradezu als Paradebeispiel für Max Webers Vergleich der Politik mit dem Bohren harter Bretter.

Das bundesweite PromotorInnenprogramm

So konnten wir erst nach sehr mühevoller gemeinsamer Arbeit noch in der vergangenen Legislaturperiode das bundesweite PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit für Bayern auf den Weg bringen. Mit Haushaltsmitteln für insgesamt zwei volle Stellen haben wir ein erstes Fundament geschaffen, auf dem wir weiter bauen müssen. Denn der Sättigungsgrad für einen Flächenstaat wie Bayern mit über 12 Millionen Einwohnern ist noch nicht sonderlich hoch. Die CSU-geführte Staatsregierung muss sich selbstverständlich die kritische Frage gefallen lassen, ob mit dieser Kapazität die Ziele des Programms, das ohnehin mit 60 Prozent vom Bund kofinanziert wird, erreicht werden können: Ob unter diesen Voraussetzungen entwicklungspolitische Themen und Diskussionen flächendeckend präsent gemacht werden können. Die zuständige CSU-Europaministerin Dr. Merk muss sich hier dem Ländervergleich stellen und zur Kenntnis nehmen, dass beispielsweise das 10 Millionen Einwohner kleinere Brandenburg immerhin schon Mittel für insgesamt sechs volle Stellen vorsieht.

Die PromotorInnen sind wichtig, um global verantwortliches Denken anzuregen und Handlungsbereitschaft sowie Engagement in der Gesellschaft zu mobilisieren. Sie behandeln Themen wie fairen Handel und nachhaltige Beschaffung, globales Lernen, aber auch Migration, Entwicklung, Internationale Kooperationen, Umwelt und Klima. Sie thematisieren Eine Welt-

Fragen in der Öffentlichkeit, in den Kommunen oder in entwicklungspolitischen Gruppen und Vereinen. Ihre Vernetzungsfunktion und die damit verbundene Stärkung entwicklungspolitischer Kooperationen werden sie in Bayern nur erfüllen können, wenn wir eine flächendeckende Verteilung über alle sieben Regierungsbezirke organisieren.

Die Zukunft des PromotorInnenprogramms wird dabei während der nächsten Haushaltsverhandlungen noch einmal diskutiert werden müssen. Als erstes Zwischenziel müssen wir fraktionsübergreifend wenigstens jeweils eine halbe Stelle für jeden der sieben Regierungsbezirke anpeilen, um dem Projekt die gebührende Sinnhaftigkeit zukommen lassen zu können. Die für dieses Ziel notwendige fünfstellige Summe dürfte, nebenbei angemerkt, besser hier angelegt sein als in so manchen bisherigen Aktivitäten wie die bereits oben angeführte Unterstützung bei der Ausbildung chinesischer Polizeidiensthunde.

Entwicklungspolitische Leitsätze des Bayerischen Landtags

Für die gesamte bayerische Entwicklungspolitik braucht es Korrekturen. Ein erster wichtiger Schritt ist daher in unseren Augen, dass sich der Bayerische Landtag nunmehr das Recht aneignet, mit Richtlinien für die Entwicklungszusammenarbeit der Staatsregierung einen Rahmen vorzugeben. Nach langem Ringen, das weit in die letzte Legislaturperiode hineinreicht, wird unserer Forderung endlich Rechnung getragen. Die „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags“ halten wir für mehr als überfällig, um künftig zu gewährleisten, dass nach transparenten, gemeinsam gefundenen und konsensfähigen Kriterien Entwicklungszusammenarbeit gestaltet werden kann. Einsame, undurchsichtige Entscheidungen in den Hinterzimmern der Ministerialbürokratie werden es damit künftig schwer haben. Gleichwohl garantieren die Leitsätze nicht automatisch einen Gesinnungswandel der bayerischen Entwicklungspolitik. Sie bilden zunächst nur den Orientierungs- und Werterahmen, an dem sich die bayerische Eine Welt-Politik ausrichten soll. Hier müssen wir weiter daran arbeiten, dass der Landtag nicht nur Rahmengeber, sondern auch Gestalter wird.

Die Prinzipien der Eine Welt-Politik in Bayern sind für uns klar: Nachhaltigkeit in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht soll durch Maßnahmen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit gewährleistet werden. Dabei muss aber stets das eigenverantwortliche Handeln der Partnerländer ebenso sichergestellt werden wie ihre Selbstbestimmtheit bei allen

Entscheidungen. Transparenz ist bei Beschlüssen, im Handeln und in den Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft. Wir als Freie Wähler wollen im Geiste der Eine Welt-Idee Partnerschaft auf Augenhöhe und keine Überordnung und Unterordnung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Von unserer Seite geleistete Hilfe darf immer nur den Zweck der Selbsthilfe erfüllen und muss der Verbesserung der eigenen Situation in den Partnerländern dienen. Die Gewährleistung der Subsidiarität ist ferner für uns Freie Wähler im Bayerischen Landtag ein besonderes Anliegen: Privates Handeln muss stets staatlichem Handeln vorangestellt werden und der Staat hat sich auch erst dort einzumischen, wo privates, zivilgesellschaftliches Engagement seine Grenzen findet. Für eine erfolgreiche Eine Welt-Politik bedarf es auch der Kohärenz, also dem widerspruchsfreien Zusammenspiel landespolitischer Entscheidungen und eine Vermeidung von Zielkonflikten zwischen der Eine Welt-Politik und anderen Politikfeldern.

Nachhaltige Beschaffung der öffentlichen Hand in Bayern

Ein weiteres Thema, das uns im Bayerischen Landtag weiterhin beschäftigen wird und meines Erachtens einen nicht unwesentlichen Beitrag für die Eine Welt-Politik leisten kann, ist die Frage der nachhaltigen, sozialen und ökologischen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung. Uns als Freie Wähler ist es nicht nur wichtig, dass der Staat mit gutem Vorbild vorangeht, sondern im Rahmen seiner Möglichkeiten alle Potentiale für die Eine Welt-Politik nutzt. Wir ließen uns deshalb schon im vergangenen Jahr von der Bayerischen Staatsregierung berichten, inwieweit die in Rede stehenden Kriterien im Rahmen der heutigen Beschaffungspraxis berücksichtigt werden können. Der schriftliche Bericht gab uns zwar einen Überblick über die gegenwärtige Rechtslage und Verfahrenspraxis der Staatsregierung, eine Rechenschaftsablage über die eigenen Bemühungen, den Gestaltungsrahmen möglichst vollständig auszunutzen, vermissten wir als Freie Wähler allerdings. Die neuen Rahmenbedingungen der noch in der Umsetzung befindlichen Reform des EU-Vergaberechts sind dabei auch noch nicht vollends abgesteckt.

Zweifelsohne stellt nach wie vor die Rechtsunsicherheit bei Ausschreibungen ein Problem dar. Soll nicht nur der Preis, sondern sollen auch andere Kriterien Berücksichtigung finden, so begibt sich der öffentliche Auftraggeber rasch auf dünnes Eis – für faire und nachhaltige Beschaffung eine zunächst ungünstige Ausgangslage. Staatlichen Beschaffungsstellen ist es

zunächst nicht vorzuwerfen, wenn sie den sicheren Weg beschreiten und umgehbare Risiken meiden. Hier muss die Staatsregierung aktiv die notwendigen Hilfestellungen geben. Sie unterstützt zwar schon heute durch Leitfäden wie „Das wirtschaftlichste Angebot“ oder „Umweltschutz in Behörden“ die öffentlichen Auftraggeber in Bayern und auch das Bundesinnenministerium versucht dies mit der „Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung“. Die offene Frage ist allerdings, inwieweit diese Angebote den Mut und die Bereitschaft der öffentlichen Auftraggeber wecken, anderen Kriterien neben dem niedrigsten Preis mehr Gewicht in den Ausschreibungen zu verleihen. Eine entsprechende Evaluation der Verwaltungspraxis mit Blick auf eine nachhaltige Beschaffung ist hier dringend geboten.

Partnerschaftsarbeit der Bayerischen Staatsregierung

Schließlich sei noch der Bereich der Partnerschaftsarbeit des Freistaats Bayerns angesprochen, bei dem wir als Freie Wähler die mitunter größten Handlungs- und Gestaltungsspielräume für die aktuellen globalen Herausforderungen sehen. Hier hat Bayern weitgehend freie Hand, welche Regionen es schwerpunktmäßig fördern will. Anders als bei der fairen und nachhaltigen Beschaffung gibt es hier keine vergleichbaren europarechtlichen Einschränkungen der Gestaltungsspielräume und angesichts der gewaltigen Fluchtbewegungen muss das Ziel der Stabilisierung der Fluchtherkunftsregionen und Transitländer besonders hohe Priorität erhalten. Der Schritt der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tunesien in Folge des Arabischen Frühlings war richtig. Nur durch intensive Kooperation in Feldern wie Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Justizwesen oder auch Verfassungsrecht können wir die Bedingungen für zuverlässige Partnerschaft in Nordafrika erfüllen – einer Region, die für die europäische Flüchtlingspolitik eine Schlüsselrolle einnimmt. Tunesien als Transitland nach Europa brauchen wir im Boot, wenn es um die effektive Bekämpfung des Schlepperwesens geht.

Damit aber nicht genug: Die Fluchtherkunftsregionen brauchen dringend unsere Unterstützung. Wir Freien Wähler verstehen unter Fluchtherkunftsregionen sowohl die Länder, in denen die Fluchtbewegungen beginnen, aber auch die angrenzenden Nachbarländer, die als erste betroffen und mit der Aufnahme der Hilfesuchenden schnell überfordert sind. Im Bürgerkriegsland Syrien, in dem jegliche Form von Staatlichkeit derzeit in Frage gestellt ist, sind partnerschaftliche Beziehungen auf nicht absehbare Zeit

undenkbar. Anders sieht es aber in den Nachbarländern wie dem Libanon und Jordanien aus. Es sind Länder, die bereits mehrere Millionen Flüchtlinge aufgenommen und schon längst ihre Kapazitäten und Belastungsgrenzen überschritten haben. Wir als Freistaat können mithelfen, diese Länder zu stärken und zu stabilisieren, indem wir ihnen in gleicher Weise partnerschaftlich die Hand ausstrecken und unser Wissen, unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und unsere finanzielle Unterstützung anbieten. Angesichts der gegenwärtigen Ausnahmesituation im Nahen Osten aber auch in etlichen afrikanischen Regionen müssen wir bereit sein, umzusteuern und die absoluten Schwerpunkte unserer Partnerschaftsarbeit in die Regionen zu verlagern, die durch die gegenwärtigen humanitären Katastrophen besonders in Mitleidenschaft gezogen sind. Wir haben viel zu tun, und für unsere Politik sollten wir uns folgende Worte Albert Einsteins sehr zu Herzen nehmen, die aktueller nicht sein könnten: „Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.“